

Haushaltsberatungen im Landtag

Im Landtagswahlkampf habe ich für mich geworben als „grüner Roter für schwarze Zahlen“ – ich wollte damit ausdrücken, dass mir der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sowie der Schutz von Umwelt und Klima am Herzen liegt und wir auch finanziell solide wirtschaften müssen.

Das heißt auch: Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keine zu hohen Schuldenberge hinterlassen – weder in Euro noch in Kohlendioxid. Viele Bürger fragen mich, wieso die neue Landesregierung noch neue Schulden aufnimmt. In der mittelfristigen Finanzplanung der alten Landesregierung klaffte eine Lücke von 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Lücke konnte verkleinert werden auf 1,78 Milliarden Euro in 2013 beziehungsweise 1,5 Milliarden Euro in 2014. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass rund 2 Milliarden an Zinsen gezahlt werden müssen für die vorhandenen Landeschulden von 45 Milliarden Euro und dass Baden-Württemberg in 2013 rund 2,5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich abführen muss. Ohne diese beiden Ausgabeposten, wäre ein Plus

von über 2,5 Milliarden Euro im Haushalt. Die Opposition wendet ein, dass Bayern eine Nullverschuldung schafft. Das ist richtig.

Zu dieser Wahrheit gehört aber auch, dass Bayern weniger Schulden hat als Baden-Württemberg und der bayerische Haushalt deshalb nur mit 630 Millionen und nicht mit 2 Milliarden an Zinszahlungen belastet ist. Bayern hat zudem die Zuführung der Mittel für die Pensionsrücklagen auf 100 Millionen Euro reduziert. Hätte die neue Landesregierung nur die bayerischen Schulden geerbt und würde sie auch so wenig für die Pensionen rückstellen, hätte Baden-Württemberg ein Plus im Haushalt!

Ich halte es für richtig, dass die grün-rote Landesregierung die Mittel für die

Rücklagen von Pensionen auf 475 Millionen Euro (2013) beziehungsweise 560 Millionen Euro (2014) erhöhen will. Die

versteckten Schulden fehlender Mittel für die Pensionen sind das größte finanzielle Risiko des Landeshaushalts. Erst im Jahre 2008 wurde begonnen, Geld für die Pensionen zurückzulegen – für die gegenwärtigen Pen-



...der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

sionsverpflichtungen fehlen bereits 70 Milliarden Euro! Das ist das größte Problem im Landeshaushalt, und in den nächsten 10 Jahren steigt die Zahl der Pensionäre von 95 000 auf 140 000 an.

Übrigens macht Finanzminister Dr. Nils Schmid Ernst mit der Rückführung neu geschaffener Stellen im Rahmen des Regierungswechsels – im Doppelhaushalt sind die Ministerien gefordert, über 50

Stellen abzubauen. Noch ein Wort zu dem Vorwurf, dass Stellen durch sogenannte Sprungbeförderungen höher dotiert würden als vorher. Als ich das letzte Woche gelesen habe, bin ich erschrocken und habe Finanzminister Dr. Nils Schmid darauf angesprochen.

Interessant ist, dass die diskutierte Referatsleiterstelle im Finanz- und Wirtschaftsministerium als solche gar nicht höher dotiert wurde. Diese Stelle ist eine A-16-Stelle – der Referatsleiter verdient dasselbe wie ein Oberstudiendirektor an einem Gymnasium. Ein neu eingestellter Beamter fängt im Allgemeinen im Ministerium aber maximal in der Gehaltsstufe A 13 an. Wenn aber ein Bewerber bereits seither nach A 16 besoldet wurde oder wenn qualifiziertes Personal aus der Privatwirtschaft eingestellt wird, gibt es die Möglichkeit, entsprechend qualifizierten Leuten die Stelle ohne Verzögerung nach ihrer Bewertung im Stellenplan zu entlohnen. Dieses Vorgehen ist im Staat wie in der Privatwirtschaft sinnvolle Praxis.

BKz 23.11.2012